



Zwangsmigration der Alevit:innen

Zana Kibar

zanakibar@gmail.com

Veröffentlichungsdatum:

5. Oktober 2025

Abrufdatum:

21.07.2026

Zitierweise:

Kibar, Zana (2025).
Zwangsmigration der Alevit:innen.
Alevitische Enzyklopädie — ISIL:
DE-4607.

[https://www.aleviansiklopedisi.com/
madde-x/zorunlu-alevi-gocu-8101/](https://www.aleviansiklopedisi.com/madde-x/zorunlu-alevi-gocu-8101/)
(Abrufdatum: 21.07.2026)

Die Alevi-Enzyklopädie ist im
Rahmen des **Internationalen
Standard-Identifikators für
Bibliotheken und verwandte
Einrichtungen** unter dem Code
ISIL: DE-4607 registriert.

URI /isil/DE-4607

LOBID

lobid.org/organisations/DE-4607

Permalink

id.zdb-
services.de/resource/organisations/D
E-4607

Adresse:

Alevi Ansiklopedisi
Körnebachstr. 49-51, 44143
Dortmund

info@aleviansiklopedisi.com

Zusammenfassung

Dieser Beitrag untersucht das Phänomen der Zwangsmigration, das Alevit:innen seit der Gründung der Republik Türkei bis heute erfahren haben. Die Analyse erfolgt im Kontext staatlicher Politiken der räumlichen und kulturellen Steuerung. Der Şark Islahat Planı (Reformplan für den Osten, 1925) und das Siedlungsgesetz von 1934 werden als Instrumente einer homogenisierenden Nationalstaatsideologie interpretiert. Diese zielte darauf ab, ethnische und konfessionelle Vielfalt zu beseitigen. Die Dersim Tenkil Harekâtı von 1937–38 markiert einen Wendepunkt, an dem diese Politiken in ihrer gewaltsamsten Form umgesetzt werden. Das Wiederauftreten von Zwangsmigration in den 1990er Jahren unter dem Ausnahmezustand zeigt die Kontinuität früherer Siedlungspolitiken. Dorfentleerungen, Brandstiftungen und systematische Gewalt werden zu Praktiken kollektiver Einschüchterung. In diesem Sinne bedeutet Zwangsmigration nicht nur räumliche Verlagerung. Sie führt auch zur Zerstörung von Erinnerung, Identität und der heiligen Beziehung der Gemeinschaften zu ihren Kultorten und angestammten Lebensräumen.

Schlüsselwörter: Alevi Diaspora, Hafıza, İnanç, Mekan, Zorunlu Göç

Vertreibung der alevitischen Gemeinschaft

Die Gründung der Republik Türkei wurde von der Vorstellung eines homogenen Nationalstaats geprägt. Dieses Projekt sollte das multikulturelle Erbe des Osmanischen Reiches grundlegend verändern. Diese Veränderung erfolgte nicht nur durch politische Reformen, sondern auch durch soziale und räumliche Steuerung. Ethnische, konfessionelle und sprachliche Vielfalt galt dabei als Bedrohung. Das Ziel des Staates war es, diese Vielfalt zu beseitigen und eine einheitliche "türkisch-sunnitische" Identität zu schaffen. In diesem Kontext war Zwangsmigration nicht nur eine demografische Maßnahme. Sie war ein mehrdimensionales Instrument zur Auslöschung von Erinnerung, Identität und der Beziehung zwischen Menschen und Ort. Zugleich wirkte

sie als räumliche Praxis von Macht, die durch staatliche Gewalt, Disziplin und Kontrolle geprägt war. Besonders für alevitische Gemeinschaften bedeutete Zwangsmigration sowohl die Unterdrückung ihres Glaubenssystems als auch die Zerstörung kollektiver Zugehörigkeit. Vom frühen republikanischen Zeitraum über die 1990er Jahre bis in die europäische Diaspora kann die Zwangsmigration von Alevit:innen als Ausdruck einer anhaltenden "Politik der Vertreibung" des Staates verstanden werden.

Das republikanische Regime übernahm und verschärfte das zentralistische Erbe der späten osmanischen Zeit. Es versuchte, die von ihm kontrollierten Gebiete ethnisch und religiös zu homogenisieren. In diesem Zusammenhang wurde der *Şark Islahat Planı* (Reformplan für den Osten, 1925) zu einer wichtigen rechtlichen Grundlage für systematische Assimilationspolitiken gegenüber Nordkurdistan. Unter dem Diskurs der "Modernisierung rückständiger östlicher Regionen" sah der Plan die Zerstreuung kurdischer und alevitischer Bevölkerungen, die Auflösung tribaler Strukturen und das Verbot der kurdischen Sprache vor. In den Augen des Staates bedeutete "Zivilisation" nicht nur Bildung und Entwicklung, sondern auch die Umformung von Sprache, Glauben und kollektivem Gedächtnis.

Der Prozess, der mit dem Völkermord an den Armenier:innen im Jahr 1915 begann und sich mit dem Bevölkerungsaustausch der 1920er Jahre fortsetzte, entfernte die nichtmuslimischen Gemeinschaften aus Anatolien. Danach richtete sich die Politik gegen muslimische, aber nicht-türkische Bevölkerungen, besonders gegen Kurd:innen und kurdische Alevit:innen. Der *Şark Islahat Planı* von 1925 bildete den ersten institutionellen Rahmen dieser Politik. Er legte fest, dass die "rückständigen östlichen Regionen" einer Assimilation unterworfen, die kurdische Sprache verboten, tribale und nomadische Lebensformen aufgelöst und die Bevölkerung mit Instrumenten wie den *Halkevleri* und Internatsschulen "zivilisiert" werden sollte.

Die Dersim-Operation: Räumliche und kulturelle Säuberung

Das Siedlungsgesetz von 1934 schuf die rechtliche Grundlage für die im geheimen *Şark Islahat Planı* vorgesehenen Zwangsumsiedlungen. Es sah vor, Bevölkerungsgruppen, die "nicht mit der türkischen Kultur vereinbar" sind, in westliche Provinzen zu verteilen. Zudem wurde festgelegt, dass Kurd:innen so angesiedelt werden, dass ihr Anteil fünf Prozent der Bevölkerung nicht überschreitet. Dieses System zielte auf die demografische Herstellung eines homogenen Nationalstaats.

Artikel 13, Absatz 3, des Gesetzes formuliert: "Personen, die nicht der türkischen Rasse angehören, müssen so in Dörfern und Städten verteilt werden, dass sie keine eigenen Viertel oder Ansammlungen bilden können..."

Auch Artikel 11 enthält zentrale Bestimmungen: "A: Personen, deren Muttersprache nicht Türkisch ist, ist es verboten, neue Dörfer oder Viertel gemeinsam zu gründen, Arbeiter- oder Handwerkergruppen zu bilden oder ein Dorf, ein Viertel, einen Beruf oder ein Handwerk unter sich zu monopolisieren. B: Personen, die nicht an die türkische Kultur gebunden sind oder trotz Bindung eine andere Sprache sprechen, werden aus kulturellen, militärischen, politischen und sozialen Gründen Maßnahmen unterworfen. Diese Maßnahmen umfassen unter anderem Umsiedlung und Aberkennung der Staatsbürgerschaft. C: Der Anteil von Ausländer:innen in Städten darf zehn Prozent nicht überschreiten, und sie dürfen keine eigenen Viertel bilden."

Artikel 12 bestimmt: "In Zonen erster Kategorie: A: Es ist verboten, Stämme oder Nomaden aufzunehmen, Personen ohne Bindung an die türkische Kultur anzusiedeln oder deren Rückkehr zu erlauben, selbst wenn sie früher dort lebten." [1]

Zwischen 1937 und 1938 wurde die *Dersim Tenkil Harekâtı* zur drastischsten Umsetzung dieses Gesetzes. Während der

militärischen Operationen wurden tausende Menschen getötet, Dörfer niedergebrannt, heilige Orte zerstört und die Bevölkerung in westliche Regionen deportiert.

Im Jahr 1938 veröffentlichte die Gouverneurs- und Militärverwaltung von Tunceli einen Leitfaden mit dem Titel *A Guide on Bandit Pursuit Operations, Village Searches and the Collection of Weapons in the Tunceli Region* (Elazığ: Turan Printing House). Darin wird sogar das Niederbrennen von Häusern beschrieben: "Die Dächer bestehen aus Stein und Erde, mit Balken und Ästen. Sie sind schwer zu verbrennen. Ein Teil der Erde wird entfernt, sodass das Holz freiliegt. Dann werden Holz und Gestrüpp angezündet, oft auch am Eingang gesammelt und entzündet." [2]

Dieser Prozess wird nicht nur als physische Zerstörung bewertet, sondern auch als kultureller Genozid. Ziel des Staates ist es, das alevitische Glaubenssystem und die kurdische Identität zu zerstören und durch eine neue Identität zu ersetzen, die auf Türkentum und sunnitischem Islam basiert. Der Brief von Nuri Dersimi an den Völkerbund im Jahr 1937 gehört zu den wenigen Versuchen, diese Ereignisse international sichtbar zu machen. Die Initiative bleibt jedoch ohne Wirkung. Die Erfahrungen der Bevölkerung von Dersim werden im kollektiven Gedächtnis als *Tertele* (Massaker) erinnert. Dieses Ereignis gilt zugleich als physische und spirituelle Vertreibung.

Das Konzept des "Erinnerungsortes" (*lieux de mémoire*) von Pierre Nora ist hier aufschlussreich. Ein Erinnerungsort ist ein Raum, in dem verlorene Identität, Kultur und Zugehörigkeit symbolisch rekonstruiert werden (Nora 1989, 7). Zwangsmigration bedeutet daher nicht nur räumliche Verlagerung, sondern auch die Trennung von Erinnerung, Zugehörigkeit sowie von heiligen Orten und sozialen Beziehungen.

Die zweite Welle der Zwangsmigration in den 1990er Jahren

Nach 1938 scheint die Politik der Zwangsmigration zunächst unterbrochen zu sein. Ende der 1980er Jahre wird sie jedoch unter dem *Olağanüstü Hal* (Ausnahmезustand, OHAL) erneut aktiviert. In den 1990er Jahren wird Zwangsmigration im Kontext des Konflikts mit der PKK systematisch. Die 1987 eingeführten Notstandsgesetze geben den Gouverneur:innen weitreichende Befugnisse, die über die Verfassung hinausgehen.

Im Juli 1987 wird per Dekret eine regionale Verwaltung (*Bölge Valiliği*) geschaffen. Diese erhält die Befugnis, Ereignisse in der Region zu kontrollieren und Dörfer zu evakuieren. Der regionale Gouverneur verfügt über außergewöhnliche administrative und finanzielle Rechte, die nicht der verfassungsrechtlichen Kontrolle unterliegen. In der Praxis entsteht eine Form von Macht, die selbst verfassungswidrig handeln kann. Die Region wird daher nicht durch die Verfassung, sondern durch Dekrete regiert. Berichte über Menschenrechtsverletzungen nehmen stark zu.

Der erste regionale Gouverneur ist Hayri Kozakçıoğlu, zugleich Gouverneur von Diyarbakır. Der ehemalige General und Abgeordnete Musa Öğün kritisiert, dass Kozakçıoğlu mehr Macht habe als der Präsident. Seine Zuständigkeit umfasst Bingöl, Diyarbakır, Elazığ, Hakkari, Mardin, Siirt, Dersim (Tunceli) und Van.

Dersim (offiziell Tunceli) wird Mitte der 1990er Jahre erneut als "Sicherheitszone" definiert. Im Jahr 1994 allein werden 248 Dörfer zwangsweise geräumt, und zehntausende Menschen werden vertrieben. Der Bericht der *Türkiye İnsan Hakları Vakfı* (TİHV) von 1994 dokumentiert, dass im Bezirk Ovacık 218 Häuser von staatlichen Kräften niedergebrannt und 248 Dörfer vollständig entleert werden.

Ein weiteres Beispiel zeigt die Willkür dieser Politik. Kazım Demirtaş wird nahe Mazgirt getötet und als "Terrorist" bezeichnet. Drei Jahre später, 1998, stellt das Staatssicherheitsgericht (DGM) fest, dass er kein Terrorist

war. Dieser Fall zeigt die fehlende Rechenschaft und die Gewalt dieser Zeit.

Der Staatsminister Azimet Köylüoğlu bestätigt Berichte über Dorfzerstörungen und erklärt: "Wir haben festgestellt, dass 218 Häuser im Bezirk Ovacık niedergebrannt wurden. In Tunceli ist es der Staat, der die Dörfer räumt und verbrennt" (TİHV 1994, 52). Diese Aussage ist eine seltene offizielle Bestätigung gegen die staatliche Leugnung.

1994 erreichen Dorfzerstörungen und Zwangsräumungen ihren Höhepunkt. Eine Delegation reist nach Ankara, um die Situation zu melden. Als ein Dorfvorsteher berichtet, dass Soldaten und sogar Hubschrauber beteiligt sind, antwortet Ministerpräsidentin Tansu Çiller: "Selbst wenn ich sehen würde, dass der Staat Dörfer verbrennt, würde ich es nicht glauben..." (Cumhuriyet, 28. Oktober 1994). Diese Reaktion zeigt die Strategie der Leugnung.

Viele Zeug:innen berichten, dass ihre Dörfer im Morgengrauen verbrannt werden. Soldaten setzen Häuser gezielt in Brand, Menschen werden festgenommen und gefoltert. Eine Aussage lautet: "Zwanzig Tage später verbrannten sie alles... Sie nahmen mich fest, verbanden mir die Augen und folterten mich..." Solche Berichte zeigen, dass Zwangsmigration nicht nur Vertreibung ist, sondern systematische Gewalt. Das Verbrennen von Häusern, Folter und Verhaftungen sind Teil der Umsetzung.

Auch nach 1995 geht die Praxis weiter, wenn auch leicht reduziert. Besonders in Dersim nehmen die Operationen zu und breiten sich später auf die Region Sivas aus. In den 1990er Jahren umfasst Zwangsmigration nicht nur physische, sondern auch psychologische und kulturelle Unterdrückung. Viele Menschen verbergen ihre alevitisch-kurdische Identität. Sie erleben Ausgrenzung, Arbeitslosigkeit und Probleme beim Zugang zu Wohnraum.

Migration ist von kollektivem Schweigen geprägt. Betroffene tragen schwere Traumata und haben Schwierigkeiten, sich

an das städtische Leben anzupassen. Bildung und Gesundheitsversorgung sind schwer zugänglich. Für Frauen ist die Situation besonders belastend, da Vertreibung und Armut bestehende Ungleichheiten verstärken. In den nachfolgenden Generationen schwächt sich die Weitergabe von Identität, da viele Familien ihre Erfahrungen nicht weitergeben. So entsteht eine Kontinuität unterdrückter Erinnerung zwischen 1938 und den 1990er Jahren.

Diaspora, Erinnerung und Reidentifikation

Die massenhafte Vertreibung der 1990er Jahre führt ab den 2000er Jahren zu einer neuen Migrationsbewegung nach Europa. Alevitische Institutionen in Ländern wie Deutschland, Frankreich und der Schweiz werden zu politischen und kulturellen Räumen dieser Migration. In der Diaspora gründen Alevit:innen Gedenkveranstaltungen, kulturelle Aktivitäten und digitale Erinnerungsplattformen, um ihre traumatischen Erfahrungen öffentlich sichtbar zu machen. Die Gedenkfeiern zum Sivas-Massaker, die "Dersim '38"-Märsche und Online-Archive gehören zu den wichtigsten Trägern diasporischer Erinnerung.

Wie das Konzept des kulturellen Gedächtnisses von Jan Assmann zeigt, reproduzieren Diaspora-Gemeinschaften Rituale, Symbole und Narrative, um die Verbindung zur Vergangenheit zu erhalten (Assmann 1995, 132). In diesem Sinne ist die Diaspora nicht nur ein Ergebnis von Migration. Sie ist ein Gegenraum, in dem kollektive Erinnerung neu organisiert wird. Alevitische Organisationen in Europa schaffen eine "Gegenöffentlichkeit", in der die unterdrückte Identität der Alevit:innen aus der Türkei neu definiert wird. Die aktive Beteiligung von Frauen und Jugendlichen macht diese Identität zunehmend vielschichtig. Die Diaspora steht somit sowohl für die anhaltenden Folgen von Zwangsmigration als auch für einen Raum kollektiver Widerständigkeit und Reidentifikation.

Die Erinnerung an Zwangsmigration und Formen des Widerstands

Die Spuren der Zwangsmigration werden im kollektiven Gedächtnis durch Klagelieder, mündliche Erzählungen und Gedenkrituale in die Gegenwart getragen. Die *Tertele* von 1938 und die Zwangsmigrationen der 1990er Jahre gelten als verbundene Teile einer kontinuierlichen Erfahrung von Trauma. Zugleich wirkt diese Erinnerung auch als ein Archiv des Widerstands.

Erzählungen über heilige Orte-Berge, Flüsse und Ocak-entwickeln symbolische Strategien der Rückaneignung von Raum trotz seiner Zerstörung. Erinnerung ist hier nicht nur Vergangenheit. Sie ist auch ein Element, das Zukunft mitgestaltet. Alevit:innen vergessen das Trauma nicht. Sie verwandeln es in eine Gegen-Erinnerung und machen die Spuren der Gewalt zu einem Medium kulturellen Widerstands.

Die Zwangsmigration der Alevit:innen gehört zu den oft unsichtbaren, aber prägenden Dynamiken der modernen Geschichte der Türkei. Die homogenisierenden Politiken des Staates-vom *Şark Islahat Planı* bis zum Ausnahmezustand-zielen auf die räumliche und kulturelle Auflösung alevitisch-kurdischer Identität. Paradoxerweise stärken diese Politiken jedoch kollektive Erinnerung, Identität und Solidarität. In diesem Sinne bleibt Zwangsmigration nicht nur ein Trauma. Sie wird auch zu einer Form des Widerstands. Die in der Diaspora neu gebildeten Identitäten erweitern die Grenzen des Alevitentums über den Nationalstaat hinaus und tragen das kollektive Gedächtnis in einen transnationalen und globalen Raum.

Schluss

Die Zwangsmigration der Alevit:innen lässt sich als eine historisch kontinuierliche Praxis der Vertreibung verstehen. Sie steht im Zentrum der homogenisierenden Projekte des Nationalstaats im Modernisierungsprozess der Türkei. Seit der Gründung der Republik zielen staatliche Politiken darauf, die räumliche und kulturelle Existenz alevitisch-kurdischer Gemeinschaften zu verändern. Einen

entscheidenden Bruch bildet die *Dersim Tenkil Harekâtı* von 1937-1938. In den 1990er Jahren erscheint diese Politik unter dem Ausnahmezustand erneut als staatliche Praxis.

Diese Zwangsmigrationen sind nicht nur Bevölkerungsbewegungen. Sie bedeuten auch die Auslöschung von Erinnerung, Identität und der Beziehung zu heiligen Orten. Gleichzeitig zeigt sich, dass Migration für Alevit:innen auch eine Dimension des Widerstands besitzt. Die Diaspora wird zum zentralen Raum dieses Widerstands. Dort wird unterdrückte Erinnerung durch Gedenkpraktiken, Rituale und kulturelle Produktion neu organisiert.

In diesem Sinne ist die Zwangsmigration der Alevit:innen nicht nur ein abgeschlossenes historisches Ereignis. Sie ist ein fortdauernder Prozess von Erinnerung und Widerstand, in dem alevitische Identität in der Moderne neu gebildet wird.

Endnoten

[1] <https://www.resmigazete.gov.tr/arsiv/2733.pdf>

[2] Hıdır Göktaş: Kürtler-İsyân-Tenkil, 141.

Quellenangaben und weiterführende Literatur

Göktaş, Hıdır. 1991. *Kürtler İsyân-Tenkil*. İstanbul: Alan Yayıncılık.